

Daumen hoch für Antrag 5.13

Gewerkschaftstag der GEW: Verband fordert Milliardeninvestitionen in Bildung. Etliche Politiker wollen zu dem Thema sprechen. **Von Ralf Wurzbacher**

Auf dem am Samstag beginnenden 28. Ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Freiburg wird es viel zu bereden geben (siehe Spalte rechts). Angesichts von über 100 Anträgen bei fünf Kongressstagen kann man sich Durchhänger nicht leisten. Der Landesverband Hessen findet das auch und verlangt mit Antrag 5.13: »Keine Monologe von Politikerinnen und Politikern auf Gewerkschaftstagen!« Zur Begründung wird auf die 2013er-Tagung in Düsseldorf verwiesen. Dort sei mit Gastreden viel Zeit zu Lasten der inhaltlichen Beratungen »verschwendet« worden, und »eine positive Auswirkung dieser Auftritte auf die Bildungspolitik und konkret auf die Bildungseinrichtungen war nicht festzustellen«.

Vielleicht klappt's ja diesmal mit der Überzeugungsarbeit. Mit Bernd Riexinger (Die Linke), Bettina Jarasch (Grüne), Thomas Strobl (CDU) und Ralf Stegner (SPD) rücken schon mal Vertreter aller in den Bundestag gewählten Parteien zum Höflichkeitsbesuch in die Freiburger Messehallen an. Dazu geben sich die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Susanne Eisenmann (CDU), und ihr Chef, Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann, die Ehre. Zusammen haben letztere in dieser Woche im Stuttgarter Landtag ihr Gesetz zur Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer abgesegnet. Solchen Leuten leiht man gerne sein Ohr – gerade als Bildungsgewerkschafter.

Besser wäre es, den Damen und Herren die Meinung zu zeigen. Etwas derauf, dass nach der letzten Bundestagswahl die Bildungsfinanzierung »praktisch komplett hinten runtergefallen« ist, wie GEW-Chefin Marlis Tepe beklagt (siehe Interview unten). Dass etwa in Kitas, Schulen und Hochschulen die Wände bröckeln, allerorten Lehrermangel herrscht, die Aufgaben für Pädagogen und Erzieherinnen durch Ganztag,



Und wenn zuviel Unsinn geredet wird, kann man einfach mal Lärm machen

Inklusion oder Flüchtlingsintegration überhand nehmen und ihre Arbeits- und Lohnbedingungen immer schlechter werden. Die GEW weist auf alle diese Missstände praktisch täglich hin. Nur Gehör findet sie nicht. Wozu der ganzen Politprominenz also eine Bühne geben,

wenn man sich am Ende doch nur eine Abfuhr einhandelt? Deshalb: Finger hoch für Antrag 5.13.

Andererseits: Die Bundesregierung hat im Zuge der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern 3,5 Milliarden Euro an Bun-

desmitteln für die Sanierung maroder Schulgebäude zugesagt. Das wäre immerhin ein Anfang, wenngleich bloß ein Zehntel des durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit 34 Milliarden Euro bezifferten Investitionsstaus im deutschen Schulsystem. Aber auch die Sache hat einen Haken. Das schöne Geld könnte in die Förderung von öffentlichen-privaten Partnerschaften (ÖPP) fließen und am Ende eine Bank oder Versicherung den Schulbetrieb übernehmen. Kritiker warnen eindringlich vor dieser Gefahr einer »Privatisierung durch die Hintertür«, wie sie für die deutschen Autobahnen fest eingeplant ist und noch im Mai vom Bundestag beschlossen werden könnte.

Richtig durchgedrungen ist das freilich nicht. Dabei zeichnet sich hier seit langem verheerendste Angriff auf die öffentliche Daseinsvorsorge ab. Das Szenario geht so: Einrichtungen in öffentlichem Eigentum (Kitas, Schulen, Hochschulen, Verwaltung) werden in eine privatrechtliche Gesellschaft ausgegliedert und mittels ÖPP, stillen Beteiligungen oder Tochtergesellschaften vermarktet – vorbei an »Schuldenbremse« und Maastricht-Kriterien. Wohin das führen könnte, zeigt der Fall Offenbach. Dort wurden von 2004 an knapp 90 Schulen via ÖPP saniert und anschließend »bewirtschaftet«. Die jährlichen Kosten für die Kommune werden sich bis 2019 verdoppeln, während die Investoren einen Gewinn von 120 Millionen Euro einstreichen.

Zur GEW-Tagung gibt es keinen Antrag zum Thema. Marlis Tepe meint, die Kommunen wären »stolz auf ihre Schulen« und würden das nicht mitmachen. Die SPD tut übrigens so, als wäre sie gegen eine Autobahn- und Schulprivatisierung, nachdem Ex-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel drei Jahre lang alle Vorarbeiten dafür geleistet hat. Wem oder was soll man da glauben? Am besten den »schlechten Erfahrungen«.

■ Siehe auch Seite 5

■ Hintergrund Anträge an den Gewerkschaftstag

Marlis Tepe kandidiert erneut um den GEW-Vorsitz und hat sich keinem Gegenkandidaten zu stellen. Mit Andreas Giersch und Björn Köhler gibt es zwei Bewerber im Rennen um das Ressort »Jugendhilfe und Sozialarbeit«. Die 432 zum Gewerkschaftstag geladenen Delegierten haben bis einschließlich Mittwoch insgesamt 101 Anträge zu beraten. Ein Schwerpunkt wird die Vorlage des Hauptvorstands »Für eine bessere Finanzierung und Ausstattung des Bildungswesens« sein. Der Text schließt an die zur Bundestagswahl initiierte Kampagne »Bildung. Weiter denken!« an, die für massive Investitionen in Kitas, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen wirbt. Nach GEW-Berechnungen bräuchte es für eine qualitativ hochwertige Ausstattung jährliche öffentliche Mehrausgaben von über 50 Milliarden Euro.

Lebhafte Diskussionen sind beim Thema Inklusion zu erwarten. Zwar wird die Regelschulung von geistig und körperlich beeinträchtigten Kindern und die schrittweise Überwindung des Parallelsystems aus Sonder-, Förder- und allgemeinbildenden Schulen in allen betreffenden Anträgen für alternativlos erklärt. Angesichts der gewaltigen Defizite bei Personalausstattung, Ausbildungs- und Weiterbildungsangeboten und der riesigen Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, sieht die Gesamtschulvertretung in der GEW jedoch die »Inklusion am Scheideweg«. Die Antragsteller beklagen eine »als euphorisch und weitgehend kritisch wahrgenommene« Haltung der GEW, insbesondere der wiederholte Hinweis, die Inklusion wäre ein Menschenrecht, werde als »Abwehr von Kritik an den Bedingungen der Umsetzung verstanden«.

(rwu)

»Werden Schulz an seinen Taten messen«

Im Wahlkampf versprechen alle Parteien Besserungen im Bildungsbereich. **Gespräch mit Marlis Tepe**

Die GEW macht sich für einen deutlichen Ausbau der Bildungsfinanzierung in allen Bereichen stark. Sehen Sie für Ihre Ziele eine politische Mehrheit aufziehen?

Alle Parteien betonen, dass Bildung von entscheidender Bedeutung ist und entsprechende Investitionen erforderlich sind. Beim jüngsten FDP-Parteitag stand das Thema im Mittelpunkt, bei seiner Antrittsrede als SPD-Kanzlerkandidat hat Martin Schulz dessen Wichtigkeit hervorgehoben. Auch Kanzlerin Angela Merkel, CDU, äußert sich so, für Grüne und Linkspartei gilt dasselbe.

Bildung steht in Wahlkampfzeiten immer hoch im Kurs ...

So ist es. Nach der letzten Bundestagswahl ist die Bildungsfinanzierung aber praktisch komplett hinten runtergefallen. Ich bin nicht so sehr optimistisch, dass nach der Wahl im Herbst alles besser wird, deshalb haben wir ja auch unsere Kampagne »Bildung. Weiter denken!« gestartet. Wir wollen unsere

Marlis Tepe ist Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Mitglieder aufrütteln, dass sie in ihrem Umfeld über das Thema sprechen, für unsere Positionen werben und die Wahlkämpfer der Parteien zur Rede stellen. Wie beim Mindestlohn müssen wir auch beim Thema Bildung hartnäckig sein, damit es nach vorne kommt.

Ist der neue SPD-Chef Schulz auch Ihr Hoffnungsträger?

Wir werden Martin Schulz an seinen Taten messen. Schon nach der jüngsten Bundestagswahl hätte es rechnerisch für ein rot-rot-grünes Bündnis gereicht. Wir machen leider immer wieder die Erfahrung, dass uns Parteien Dinge versprechen, die sie dann nach der Wahl rasch vergessen. Es braucht eine groß angelegte Verbesserung der Lern- und Arbeitsbedingungen an Deutschlands Bildungseinrichtungen. Das kostet ohne Frage viel Geld, dieses Land ist aber allemal reich genug, das zu stemmen.

Fällt Ihnen bei »Bildungsfinanzierung« auch »Autobahnprivatisierung« ein?

Im Zuge der Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern wurde eine Lockerung des Kooperationsverbots mit dem Ziel vereinbart, Bundeskämpfer der Parteien zur Rede stellen. Ein Begleitgesetz benennt dabei auch öffentlich-private Partnerschaften, ÖPP, als förderfähiges Instrument. Das halten wir für den falschen Weg, weil das Modell den Steuerzahler am Ende viel mehr kostet als eine klassische staatliche Finanzierung. Es kann nicht angehen, den Sanierungstau damit zu beheben, die Schulen zum Anlageprodukt für Banken und Versicherungen zu machen.

Sie sehen also durchaus die Gefahr? Von der GEW hat man dazu noch nicht allzu viel gehört ...

Die GEW hat ihre ablehnende Haltung in dieser Frage etwa in einer Bundestagsanhörung sehr deutlich gemacht. Die meisten Kommunen sind stolz auf

ihre Schulen und werden diesen Weg nicht einschlagen.

Die GEW hat die fragliche Bundesländer-Vereinbarung und die in Aussicht gestellten 3,5 Milliarden Euro für Schulsanierungen gleichwohl sehr positiv als »Lockerung des Kooperationsverbots« gewürdigt. Von der Möglichkeit einer versteckten Privatisierung war in den offiziellen Verlautbarungen nichts zu lesen.

Das trifft nicht zu. Ich habe auf diese Gefahr beispielsweise in einem Kommentar in der GEW-Zeitschrift *Erziehung und Wissenschaft* mit Nachdruck hingewiesen.

Auf dem Freiburger Gewerkschaftstag ist die Sache aber kein Thema, oder?

Das Thema kommt auf die Tagesordnung, wenn ein Dringlichkeitsantrag gestellt wird. Der Geschäftsführende Vorstand der GEW hat sich in der Frage deutlich positioniert. Und falls es am Ende Vorstöße in Richtung einer ÖPP-

Vermarktung im Schulbau geben sollte, werden wir uns gemeinsam mit unseren Mitgliedern dagegen wehren.

Thema Digitalisierung: Die betreffenden Antragstexte zum Gewerkschaftstag lesen sich über weite Strecken so, als müsse man die Schule gegen Großangriffe der Digitalwirtschaft und gegen Datenräuber schützen. Trotzdem heißen Sie die Digitalisierung des Klassenzimmers vom Grundsatz her gut. Warum?

»Gutheißen« will ich so nicht stehen lassen. Es ist richtig, dass die Schülerinnen und Schüler kritische Medienkompetenz erwerben. Die Menschen nutzen diese Medien nun einmal im Alltag, die Schulen können und wollen sich dem nicht einfach verschließen. Allerdings plädieren wir für einen Gebrauch in Maßen. In den Grundschulen müssen lesen, schreiben und rechnen zunächst analog gelehrt und gelernt werden. Danach erst sollte ein Einsatz entsprechender Instrumente in den weiterführenden Schulen erfolgen.

Interview: Ralf Wurzbacher